

BLICKPUNKT

40 Jahre
DKP
33 Jahre im Stadtrat

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 09

Dezember 2008

Jahrgang 37

Bundeswehr in alle Welt wir sagen „NEIN“

Europa für Frieden

In wunderbaren Hochglanzbroschüren und Zusagen für Ausbildungs- und Studienplätze wirbt die Bundeswehr unter der Jugend. Soldatenromantik pur beherrscht die Stimmung am Infostand zur Werbung für den Einsatz junger Frauen und Männer beim Heer, der Marine, Luftwaffe oder Sanitätsdienst.

Die Bundeswehr bietet - Karriere mit Zukunft und viele Perspektiven, so das Werbeversprechen der Bundeswehr. Über 50 verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten als Soldat auf Zeit über die Bautechnik, Gesundheit/Medizin der IT-/Energie-, KFZ-Technik zur Konstruktions-/Maschinen-/Fertigungstechnik zu Wirtschafts- und Verwaltungsberufe bis zum Koch oder der Köchin. Zwei Bundeswehruniversitäten in der BRD mit zusammen 22 Studiengängen in Verbindung zum Offizier garantieren studieren mit Gehalt. Richtig gelesen, mit Gehalt, keine Studiengebühren und bei freier Kost und Unterkunft.

Der Kriegseinsatz ist dabei

Was gänzlich unterbelichtet bleibt ist die Tatsache, dass der Bundeswehreininsatz in aller Welt inbegriffen ist.

„Du suchst Zukunft, wir bieten sie!“ So lockt die Bundeswehr arbeitslose Jugendliche und Schulabgänger. 70 Prozent aller

Jugendlichen, die zur Bundeswehr gehen, tun das wegen einem sicheren Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Du bist jung, Du suchst Ausbildung oder sichere Arbeit? Aufgepasst! Die Bundeswehr verspricht Dir beides – Aber! Aber!



Bundeswehr bei der Ausbildungsmesse Karl-Rau Halle 2008
Werbung für Kriegseinsätze

Ausbildung bekommst Du nur als Soldat oder Soldatin.

Das heißt: 8 bis 12 Jahre beim Bund, davon mindestens ein Jahr in einem Auslandseinsatz, im Kosovo, Afghanistan, Kongo oder rund um Afrika auf hoher See.

Ausbildung gegen ein Jahr Kriegseinsatz?

Über 10,5 Milliarden Euro für Auslandseinsätze

Die Betriebs- und Personalkosten nicht mitgerechnet.

Die weltweiten Rüstungsmilliarden haben zu den Haushalts- und Finanzkrisen erheblich beigetragen. Die US-Kriege in Afghanistan und dem Irak belasten unsere Sozialsysteme und spülen so Milliarden in die Kassen der Rüstungskonzerne.

„Etwas Besseres als den Tod findest Du überall!“

(aus: „Die Bremer Stadtmusikanten“)

Bei Kriegseinsätzen sind sie fix, - für bessere Bildung tun sie nix!

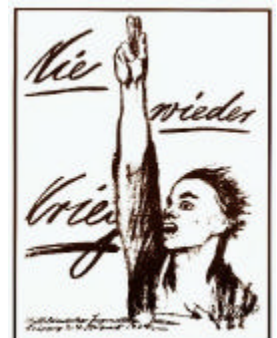
Die DKP steht auf der Seite der lernenden Jugend und der Auszubildenden.

Die DKP sagt:

- ★ **Keine Kriegseinsätze in aller Welt - Bundeswehr raus aus Afghanistan.**
- ★ **Rüstungsausgaben kürzen. Keine Rüstungsexporte**
- ★ **Keine Rüstungsexporte Weder direkte noch indirekte Beihilfen für NATO-Kriege**
- ★ **Austritt der BRD aus dem NATO-Bündnis**

Zum Jahreswechsel wünscht die DKP Heidenheim allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Gesundheit und Widerstandskraft gegen die Berliner Kriegspolitik, gegen den Sozialkahlschlag, gegen die Privatisierung unseres öffentlichen Eigentums, gegen den Abbau demokratischer Rechte

Ihre DKP Stadträte Reinhard Püschel und Wilhelm Benz



Solidarität der Partnerstädte



**Europa
für
Frieden**

Den Militärvertrag von Lissabon beerdigen

Seit einigen Jahren verläuft die Militarisierung der Europäischen Union (EU) in beängstigender Geschwindigkeit. Immer häufiger werden Truppen zur „Verteidigung“ europäischer Interessen in Auslandseinsätze geschickt.

Der erste Anlauf, einen EU-Verfassungsvertrag umzusetzen, wurde in zwei Referenden 2005 in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt. In Irland wurde dann 2008 ein neuer sog. EU-Vertrag von Lissabon von der Bevölkerung erneut abgelehnt. In keinem der EU-Mitgliedstaaten wurde die Bevölkerung, die Menschen, gefragt.

Warum nicht?

Weil die Menschen zur Militarisierung „NEIN“ sagen!

Zu weltweiten EU-Kampfeinsätzen mit nahezu unbegrenztem Aufgabenspektrum. (Artikel 43, Absatz 1)



Zu Solidarisierungsklauseln: Militäreinsätze im Inland zur Aufstandsbekämpfung (Artikel 222 (1a))

Zur vertraglichen Aufrüstungspflicht (Artikel 42 Absatz 3)

Zur endgültigen Einrichtung eines EU-eigenen Rüstungshaushalt (Absatz 41)



Weil es keine parlamentarische Kontrollmöglichkeit von EU-Interventionen gibt. (Artikel 36 und 275)

Denn nur wer sich an Aufrüstungsprogrammen beteiligt und sich qualifiziert darf mitbestimmen. (Artikel 46)



Weil es zu einer Machtverschiebung zugunsten der europäischen Großmächte kommt. (Artikel 16 Absatz 4)

**Deshalb Solidarität der Menschen in den Städten
gegen die Militarisierung der EU**